

Helbig, Marcel; Nikolai, Rita

Research Report

Wenn Zahlen lügen: Vom ungerechtesten zum gerechtesten Bildungssystem in fünf Jahren

WZBrief Bildung, No. 03

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Helbig, Marcel; Nikolai, Rita (2008) : Wenn Zahlen lügen: Vom ungerechtesten zum gerechtesten Bildungssystem in fünf Jahren, WZBrief Bildung, No. 03, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2008112503>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/60039>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WZBrief Bildung

03 | November 2008

Wenn Zahlen lügen

Vom ungerechtesten zum gerechtesten Bildungssystem in fünf Jahren

Marcel Helbig und Rita Nikolai

Eine aktuelle Studie scheint zu belegen: Deutschland hat sich zu Europas gerechtestem Bildungssystem entwickelt. In den zugrunde liegenden Daten sind allerdings bildungsnahe Gruppen deutlich überrepräsentiert. Außerdem wird für Deutschland eine andere Altersgruppe als in den übrigen Ländern betrachtet, weshalb die Ergebnisse nicht vergleichbar sind.

Wenn Zahlen lügen

Vom ungerechtesten zum gerechtesten Bildungssystem in fünf Jahren

Marcel Helbig und Rita Nikolai

Ostdeutsche Bundesländer vorne, mehr Risikoschüler im Westen – so lauten die Schlagzeilen zu den Ergebnissen des dritten PISA-Bundesländer-Vergleichs. Schnell sind Öffentlichkeit und Politik mit Interpretationen, Schuldzuweisungen und Forderungen bei der Hand. Doch Vorsicht ist geboten. Welche Fehler man machen kann, wenn verschiedene Ausgangslagen, Rahmenbedingungen und Personen miteinander verglichen werden, zeigt eine aktuelle Studie der Europäischen Kommission zur Bildungsgerechtigkeit im europäischen Vergleich.

Noch sind die Ergebnisse der ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2000 präsent, wonach das deutsche Bildungssystem das ungerechteste aller OECD-Länder ist. Umso erstaunter konnte man sein, als kürzlich in der EU-Studie „Child Poverty and Well-Being in the EU“ zu lesen war, dass Deutschland EU-weit das gerechteste Schulsystem besitzt.¹ Innerhalb weniger Jahre hätte Deutschland damit den Sprung vom letzten auf den ersten Platz geschafft. War in Deutschland das erreichte Bildungsniveau im Jahr 2000 noch am stärksten von der Bildung der Eltern abhängig, soll es im Jahre 2005 am wenigsten davon geprägt gewesen sein. Wie das? Haben wir erfolgreiche Reformen des deutschen Bildungssystems übersehen?

Bildungspolitische Veränderungen

Die Studie „Politik-Check Schule“ (2008) des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln weist tatsächlich einige Reformansätze in einzelnen Bundesländern aus – die allerdings Stückwerk blieben. Von einer flächendeckenden und strategisch ansetzenden Reform der deutschen Bildungspolitik kann keine Rede sein. Zumindest ist nicht erkennbar, wie Kindern aus bildungsfernen Schichten heute bessere Bildungschancen als vormals ermöglicht werden. Die einzig nennenswerte Strukturreform ist die Verkürzung der Gymnasialschulzeit auf acht Jahre.² Diese wurde allerdings zu schnell umgesetzt, die entsprechenden Curricula und Schulbücher sind bis heute noch nicht vorhanden. Und auf bildungsferne Schichten zielte diese Reform nicht ab.

Methodische Mängel

Grundlage für die Ergebnisse der Studie „Child Poverty and Well-Being in the EU“ der Europäischen Kommission sind die Daten der „European Union Statistics on Income and Living Conditions“ (EU-SILC) aus dem Jahre 2005, die in allen 27 EU-Mitgliedstaaten erhoben wurden. EU-SILC ist eine der wichtigsten Datenquellen zur Analyse von Einkommen, Lebensbedingungen und Armut der in der EU lebenden Bevölkerung. Auf ihrer Grundlage wird geprüft, inwiefern die Mitgliedsländer die vereinbarten sozialpolitischen Ziele erreicht haben. Diese Ziele wurden 2001

vom Europäischen Rat in Laeken (Belgien) beschlossen, um das Ausmaß an Armut und sozialer Ausgrenzung in den Ländern der EU zu verringern.

Die Studie erweist sich – bezogen auf unsere Fragestellung – als methodisch hochproblematisch. So werden die befragten Personen in allen Ländern der EU persönlich interviewt. Deutschland allerdings konnte erreichen, dass die Daten für die Studie schriftlich ermittelt wurden. Deswegen ist die deutsche Stichprobenziehung nur unzureichend vergleichbar mit der in den restlichen EU-Ländern.³ Hinzu kommen hohe Ausfallraten sowie eine Unterrepräsentanz der unteren Bevölkerungsschichten und schlecht integrierter Migranten.⁴ Besonders Menschen mit türkischem, italienischem und portugiesischem Hintergrund sind in der deutschen EU-SILC-Stichprobe nur zu 50 Prozent ihres tatsächlichen Bevölkerungsanteils vertreten. Diese Migrantengruppen sind in Deutschland jedoch beim Bildungserwerb, wie wir nicht zuletzt aus dem jüngsten nationalen Bildungsbericht wissen, stark benachteiligt.⁵

Im Gegensatz dazu sind Gruppen aus den west-, ost- und nordeuropäischen Mitgliedstaaten zu rund 70 Prozent überrepräsentiert. Jene Migranten aber genießen spezifische Bildungsvorteile. Auch die Bildungsabschlüsse zeigen deutliche statistische Verzerrungen. So sind Personen mit einem Hochschulstudium in der deutschen EU-SILC-Stichprobe zu knapp 40 Prozent überrepräsentiert – damit sind bildungsnahen Gruppen insgesamt deutlich überproportional vertreten. Fragen zu Bildung und der Weitergabe von Bildung von Eltern an ihre Kinder lassen sich daher nicht seriös beantworten.

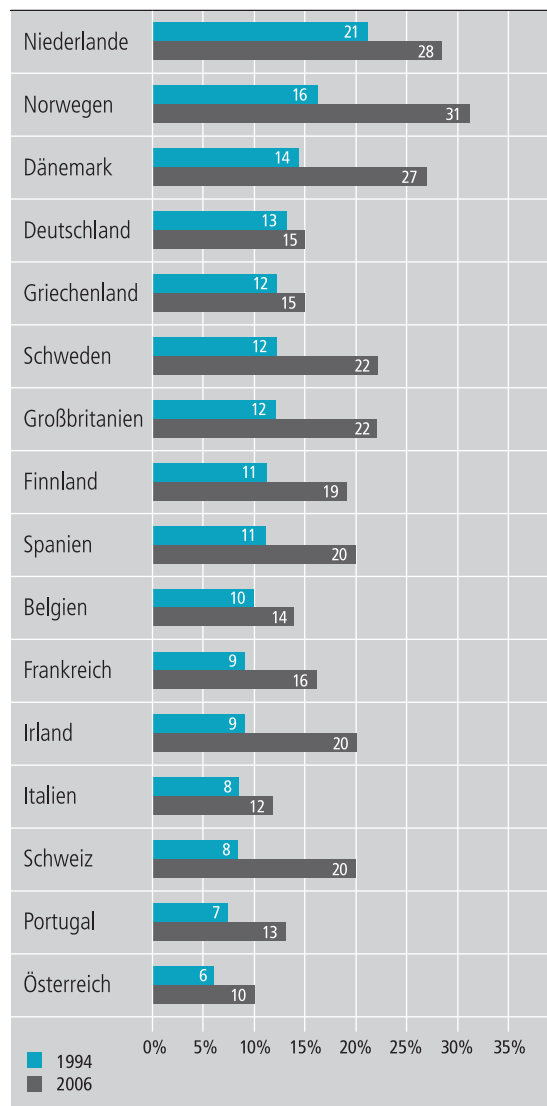
Die deutsche Stichprobe hat noch ein anderes gravierendes Problem. Betrachtet man in 24 von 25 EU-Ländern die Altersgruppe der 25- bis 54-Jährigen, so wird in Deutschland die Altersgruppe der 35- bis 64-Jährigen befragt. Ein Vergleich Deutschlands mit den anderen Ländern ist nicht möglich, da die heute 35-Jährigen ihre Schulzeit bereits zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung hinter sich hatten. In Deutschland werden also zwei Bevölkerungsgruppen bzw. Bildungssysteme in einen Topf geworfen: Betrachtet werden die Bildungsungleichheiten in der DDR und in der BRD bis 1990. Die Schülerinnen und Schüler der DDR durchliefen ein relativ egalitäres Schulsystem. Die westdeutschen Kinder lebten vor 1990 in einer Zeit der Bildungsexpansion, die bildungsfernen Schichten vergleichsweise gute Bildungschancen ermöglichte.

Mit der Wiedervereinigung war diese Zeit vorbei, der Expansion folgte eine bis heute anhaltende Phase der Stagnation. Gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten verloren deutlich an Bildungschancen.⁶ Diese „mageren“ 1990er Jahre werden in der Stichprobe für Deutschland nicht abgebildet.

In anderen Ländern der EU fand seit den frühen 1990er Jahren dagegen eine deutliche Bildungsexpansion statt. Entsprechend fiel Deutschland zurück: Lag das Land Anfang der 1990er Jahre im europäischen Vergleich beim Anteil von Personen mit einem universitären Abschluss⁷ in der Spitzengruppe (Abbildung 1), nimmt es heute einen der hinteren Plätze ein.

Interessanterweise sind gerade jene Länder, die seit 1994 eine Bildungsexpansion erlebt haben,⁸ auch die Länder, denen durch die EU-Studie „Child Poverty and Well-Being in the EU“ ein relativ egalitäres Bildungssystem zugeschrieben wird. Dies nährt die These, dass bildungsferne Schichten von einer Bildungsexpansion in besonderem Maße profitieren konnten. Deutschland dürfte somit nicht nur beim Bildungsniveau seiner Bevölkerung zurückgefallen sein, sondern im europäischen Vergleich auch an Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung verloren haben. Eine empirische Überprüfung dieser These liefert die EU-Studie aus den oben dargestellten Gründen jedoch nicht.

Abbildung 1:
Anteil der 25 bis 64-Jährigen mit einem akademischen Abschluss (ISCED 5A und ISCED 6) (1994-2006)



Quelle: OECD, Education at a Glance, Paris, verschiedene Jahrgänge.

Zu den Autoren

Marcel Helbig ist seit September 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der BMBF-Nachwuchsgruppe "Education and Transitions into the Labour Market" und seit September 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Nationalen Bildungspanel (Stage 8, Lifelong Learning).

Rita Nikolai leitet seit April 2007 die BMBF-Nachwuchsgruppe "Education and Transitions into the Labour Market" am WZB. Die promovierte Politikwissenschaftlerin forscht zur Sozial- und Bildungspolitik sowie zu Bildungsarmut im internationalen Vergleich.

Was passiert nun mit den Ergebnissen?

Die EU-Kommission muss sich die Frage stellen, inwieweit hoch brisante internationale Vergleiche ohne ein Mindestmaß an Vergleichbarkeit zwischen den Ländern veröffentlicht wurden. Niemandem außer Interessensgruppen, die den Status quo der deutschen Bildungspolitik verteidigen, ist damit gedient. Dies gilt umso mehr, als die Ergebnisse so offensichtlich Einschätzungen der OECD (2008)⁹ und der EU¹⁰ widersprechen. Die Gefahr einer Instrumentalisierung solcher fragwürdigen Ergebnisse ist groß, und die EU-Kommission verletzt damit ihre politische Sorgfaltspflicht.

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): *Bildung in Deutschland 2008*. Bielefeld: wbv.
- COM (Commission of the European Communities) (2004): *Progress Towards the Common Objectives in Education and Training*. SEC (2004) 73. Brüssel.
- European Commission (2008): *Child Poverty and Well-Being in the EU. Current Status and Way Forward*. Brüssel.
- Richard Hauser (2007): *Probleme des deutschen Beitrags zu EU-SILC aus der Sicht der Wissenschaft – Ein Vergleich von EU-SILC, Mikrozensus und SOEP*. SOEPpapers No. 69. Berlin: DIW.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2008): *Politik-Check Schule. Reformmonitor Allgemeinbildendes Schulsystem*. Köln: IWD.
- Axel Nath (2003): *Bildungswachstum und äußere Schulreform im 19. und 20. Jahrhundert. Individualisierung der Bildungsentscheidung und Integration der Schulstruktur*. In: *Zeitschrift für Pädagogik*, Jg. 49, Heft 1, S. 8-25.
- OECD (1996): *Education at a Glance*. Paris: OECD.
- OECD (2007): *Education at a Glance*. Paris: OECD.
- OECD (2008): *Economic Surveys Germany*. Paris: OECD.

Fußnoten

¹ Die EU-Studie „Child Poverty and Well-Being in the EU“ bezieht sich auf Daten von 2005.

² Mit Ausnahme von Sachsen und Thüringen, die bereits zur Wiedervereinigung eine achtjährige Gymnasialschulzeit eingeführt hatten.

³ Vgl. Hauser 2007.

⁴ Beim Vergleich mit ähnlichen Stichproben wie dem Mikrozensus oder dem Sozio-oekonomischen Panel zeigen sich bedeutsame Abweichungen.

⁵ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008.

⁶ Vgl. Nath 2003.

⁷ Wir verwenden diesen Indikator, da die universitäre Tertiärbildung sich für den internationalen Vergleich am besten eignet.

⁸ Mit Ausnahme Deutschlands. Auf die methodischen Probleme der deutschen Stichprobe in der EU-SILC-Studie wurde schon hinreichend eingegangen.

⁹ Die OECD kritisiert in ihrem Wirtschaftsbericht zu Deutschland die mangelnde Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems.

¹⁰ Im Rahmen der Lissabon-Strategie soll die Europäische Union bis 2010 nicht nur zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden, sondern hinsichtlich der Qualität ihres Bildungssystems weltweit führend sein. Um dieses Ziel zu erreichen, einigten sich die Bildungsminister der EU-Mitgliedstaaten 2001 darauf, die allgemeine und berufliche Bildung in Europa grundsätzlich umzugestalten (COM 2004). Neben Zielen wie etwa die Reduktion von Kompetenz- und Zertifikatsarmut oder die Erhöhung der Teilnahme am lebenslangen Lernen nimmt die EU auch das Problem der Chancengleichheit in den Blick.

Der WZBrief *Bildung* erscheint mehrmals im Jahr in unregelmäßigen Abständen. Er bietet knappe Analysen von WZB-Forscherinnen und Forschern zu einem Thema aus dem Bereich Bildung.

Der WZBrief *Bildung* wird elektronisch versandt. Abonnieren unter: wzbriefbildung@wzb.eu

Impressum

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Herausgeberin
Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.

Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
www.wzb.eu
Telefon: +49 30 25 491-0
Telefax: +49 30 25 491-684